



GORAN BASIC / NZZ

Föderalistisch fragwürdig, pädagogisch nutzlos – und doch will die Landesregierung den Kantonen den frühen Fremdsprachenunterricht vorschreiben.

Frühfranzösisch? Mais non!

Der Bundesrat will die Kantone zum Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule zwingen. Das ist eine politische Machtdemonstration auf Kosten der Schüler und Lehrer, schreibt René Donzé

Ich war ein Versuchskaninchen. In meiner Primarschulzeit, die schon ein paar Jahrzehnte zurückliegt, wurde an unserer Schule im Kanton Zürich in der fünften Klasse versuchsweise Französisch unterrichtet – während reihum noch lange sowohl die zweite Landessprache als auch Englisch erst in der Oberstufe gelehrt wurden. «Il y a de la neige» ist ein Satz, der mir aus dem damaligen Unterricht geblieben ist – dazu wurde ein Dia mit einer verschneiten Landschaft projiziert. Als ich dann in der Nachbargemeinde in die erste Sekundarschule wechselte, schmolz mein Französischvorsprung auf die neuen Klassenkameraden so rasch wie der Schnee an der Frühlingssonne.

Seither ist viel Wasser die Limmat und auch die Saane hinuntergeflossen. Was damals als pädagogischer Versuch begann, ist heute flächendeckend Realität geworden: Seit rund zwanzig Jahren werden in der Primarschule Englisch und eine zweite Landessprache unterrichtet. Seither mühen sich Deutschschweizer Primarschulkinder mit Französischvokabeln ab, und in der Romandie versuchen 11-Jährige die Tücken der deutschen Grammatik zu durchdringen. Es war ein politischer Entscheid, ausgelöst durch das Vorpreschen der Zürcher mit frühem Englischunterricht, was die Romandie vor den Kopf stiess – und in einem Sprachenkompromiss endete.

Die pädagogische Begründung dafür bewegte sich indes auf dünnem Eis. Die Hoffnung war: Wer früher mit dem Sprachenlernen beginnt, lernt nachhaltiger. Doch die Bilanz dieses nunmehr landesweiten Feldversuchs fällt ernüchternd aus. Studien zeigen: Der Vorsprung des frühen Beginns bringt wenig. Trotz grossem Effort der Schulen erreichen nur gut die Hälfte der Deutschschweizer Kinder am Ende der Schulzeit die vorgegebenen Grundkompetenzen im Lese- und Hörverständnis der französischen Sprache.

Vom frühen Fremdsprachenunterricht profitieren vor allem jene Kinder, die ohnehin leicht lernen, während die schwächeren Schüler zusätzlich belastet sind. Langsam sickert diese Erkenntnis auch in die Politik ein, welche auf kantonaler

Ebene nun da und dort darüber diskutiert, das Französisch auf die Oberstufe zu verschieben. Bereits entschieden haben die Parlamente der Kantone Zürich, St. Gallen, Thurgau, Schwyz und Appenzell Ausserrhoden.

Und diese Woche hat die Aargauer Regierung beschlossen, ein Strategiekonzept Sprachen zu erarbeiten. Das Ziel ist es, den Start des Französischunterrichts auf die sechste oder die siebte Klasse zu verschieben, dafür sollen «die Deutschkompetenzen der Schülerinnen und Schüler früh und wirksam» gestärkt werden – sprich mehr Unterrichtszeit in die erste Landessprache investiert werden. Dieser Entscheid folgt keiner sprachpolitischen Laune, sondern einer pädagogischen Prioritätensetzung.

Angesichts der sinkenden Fähigkeiten vieler Schüler, sich sicher auf Deutsch auszudrücken, und der zunehmenden Leseschwäche stellt sich die Frage, wie die knappe Unterrichtszeit am besten eingesetzt werden soll. Für die wachsende Zahl von Kindern, die zu Hause eine andere Sprache sprechen, ist bereits die erste Landessprache eine Fremdsprache, die es zu erlernen und zu trainieren gilt, wenn sie sich später im Berufsleben behaupten können sollen.

Just in diese Entwicklung platzt am Freitag der Entscheid des Bundesrats: Sollten einzelne Kantone den Auftrag ihrer Parlamente umsetzen und das Frühfranzösisch tatsächlich abschaffen, will die Landesregierung eingreifen. Dann soll die Pflicht zum Unterrichten einer zweiten Landessprache in der Primarschule im Sprachengesetz festgeschrieben werden, um die Frage ein für alle Mal zu klären. Es gehe um nicht weniger als um den Zusammenhalt der Schweiz («la cohésion de

la Suisse»), erklärte die SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Zwei Modelle stellt der Bundesrat in der nun gestarteten Vernehmlassung zur Wahl: Entweder wird das sogenannte Harmonis-Konkordat der Kantone mit Englisch und einer zweiten Landessprache vorgeschrieben oder nur die zweite Landessprache. Praktisch dürfte dies kaum einen Unterschied machen, da kaum jemand auf den frühen Englischunterricht verzichten will, der sowohl Lehrern als auch Schülern viel leichter fällt. Englisch ist sprachlicher Alltag von vielen und für die berufliche Zukunft zentral.

Die Bilanz des Feldversuchs ist ernüchternd: Der Vorsprung des frühen Beginns bringt wenig.

Was der Bundesrat veranstaltet, ist eine politische Machtdemonstration auf Kosten sowohl der Kinder als auch der Lehrer, die zunehmend unter der Belastung leiden. Seine Sorge um die Kohäsion des Landes ist nachvollziehbar. Es ist verständlich, dass man in der Romandie die Abkehr von Deutschschweizer

Kantonen vom Sprachenkompromiss mit Unbehagen verfolgt.

Es mag schmerzen, wenn Zürich und die Ostschweiz ihren Primarschülern die Sprache Rousseaus später vermitteln wollen. Und auch ich ziehe die poetische und melodiose Sprache, mit der mein Grossvater noch seine frühe Kindheit verbrachte, dem allgegenwärtigen Englisch vor. Leider wurde mir diese schöne Sprache nicht mehr in die Wiege gelegt. Ich kann die Gefühle von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider aber gut verstehen, deren Wohnort Les Breuleux mein Heimatort ist. Doch hier geht es nicht um Romantik. Es geht um die Frage, was für die Kinder von heute und die Gesellschaft von morgen wichtig ist. Entscheidend ist nicht, in welchem Alter sie ihre ersten Französisch- oder – in der Romandie – Deutschvokabeln lernen. Entscheidend ist, dass

Schulen genügend Zeit und Ressourcen haben, um grundlegende Kompetenzen zu vermitteln. Ein Abbau der Fremdsprachen auf Primarstufe zugunsten der Förderung der ersten Landessprache kann deshalb sinnvoll sein.

Der Bundesrat liegt mit seinem Entscheid nicht nur aus pädagogischer Sicht quer in der Landschaft, sondern auch aus ordnungspolitischer. Bildung ist Sache der Kantone, die dafür auch finanziell aufkommen (mit Ausnahme der Berufsbildung und teilweise der Hochschulen). Wer Eingriffe des Bundes fordert, trägt darum eine hohe Begründungslast.

Ironischerweise will der Bund das nationale Schulsportobligatorium abschaffen, wie gerade eben die «Sonntags-Zeitung» schrieb. Diese drei Sportlektionen pro Woche sind heute die einzige gesetzliche Vorschrift des Bundes, die direkt in die kantonale Bildungshoheit eingreift. Das Finanzdepartement der FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter will mit der geplanten Streichung die Aufgaben von Bund und Kantonen entflechten. Gemäss der Logik: Wer zahlt, befiehlt.

Der Sprachenentscheid der Landesregierung weist nun aber gerade in die entgegengesetzte Richtung. Logisch lässt sich das nicht erklären. Es scheint, als habe im Bundesrat das Herz den Kopf übersteuert. Sollte er tatsächlich eine entsprechende Vorlage verabschieden, müsste das Parlament korrigierend eingreifen. Die Hoffnung bleibt, dass die bildungs- und ordnungspolitische Vernunft obsiegt.

Nüchtern betrachtet, muss der Politik die «cohésion législative» ebenso wichtig sein wie die «cohésion nationale». Letztere wird auch nicht davon abhängen, wann die Kinder eine zweite Landessprache erlernen. Die Erfahrung zeigt, dass sie sich, wenn sie später einmal den Röstigraben überqueren, ohnehin auf Englisch unterhalten werden – oder technische Hilfsmittel verwenden, mit denen sich die Sprachgrenzen mühelos überwinden lassen.

Wer sich verstehen will, braucht vor allem den Willen dazu. Und dieser hängt nicht vom Zeitpunkt des Einstiegs in den Fremdspracherwerb ab.